

## **KANTONSRATSPROTOKOLL**

Sitzung vom 9. September 2024  
Kantonsratspräsident Zehnder Ferdinand

### **M 17 Motion Stadelmann Karin Andrea und Mit. über eine Kantonsinitiative (Standesinitiative) für die Einführung einer nationalen Elternzeit (Systemwechsel) / Gesundheits- und Sozialdepartement**

Der Regierungsrat beantragt Ablehnung.  
Karin Andrea Stadelmann hält an ihrer Motion fest.

Karin Andrea Stadelmann: Selten hat mich ein Thema wie in diesem Vorstoss so intensiv begleitet. Die Diskussionen im Vorfeld und über den Sommer haben mir gezeigt, dass wir in diesem Thema endlich einen Schritt vorwärts machen müssen. Gerade am Wochenende erklärte mir ein CEO einer Unternehmung aus dem Kanton Luzern, seine Firma biete bereits sechs Wochen Elternzeit an, die im ersten Jahr flexibel bezogen werden könnten. Es sei ihnen aber klar, dass sie sich das leisten könnten, weil sie ein grösseres Unternehmen seien. Ein zweiter schrieb mir, dass es besser wäre, wenn man in diesem Thema endlich eine nationale Lösung finden würde, die wirtschaftsverträglich sei, aber auch zugunsten der Familien. Er hat mir damit aus dem Herzen gesprochen. Laut Stellungnahme des Regierungsrates gab es zu diesem Thema bereits über 30 Vorstösse, teils wurden sie in unserem Rat behandelt, teilweise wird seit Jahren national darüber debattiert. Die Wirtschaft sucht dringend nach Fachkräften und möchte diese auch behalten. Die Politik möchte ein vielfältiges Parlament sowie die Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Wir altern alle, und wir altern schnell, es gibt viele ältere Menschen, und die Geburtenrate sinkt. Bewegen wir uns also und suchen nach einer Lösung. Es braucht aber eine nationale Lösung und nicht einen Flickenteppich, der nur in den Kantonen umgesetzt wird. Der Vorschlag basiert auf einer Umfrage, zu der sich über 20 000 Personen äussern konnten. Es geht darum, die Chancengerechtigkeit zu stärken und den Start ins Familienleben zu unterstützen. Es geht um ein System für die Wirtschaft, das aber auch einen guten Start ins Familienleben ermöglicht. Es geht auch darum, in dieser Angelegenheit für kleinere Betriebe gleich lange Spiesse zu machen. Die Motion eröffnet Raum, um die nötige Diskussion auf nationaler Ebene voranzutreiben. Andere Kantone wie Tessin, Wallis und bald auch Zürich haben sich schon aktiv dafür ausgesprochen, dieses Thema zu überweisen, und möchten, dass Bundesbern endlich eine Lösung findet. Die Stellungnahme des Regierungsrates überzeugt doch einige von uns nicht ganz. So wird erklärt, dass es keine kantonale Lösung brauche, und gefragt, wer für die Kosten aufkomme. Ja, das ist richtig, wir brauchen keine kantonale Lösung. Deshalb müssen wir uns auch vorerst die Frage der Kosten nicht stellen. Es müssen auch nicht 38 Wochen sein, sondern es braucht eine Flexibilisierung. Eines ist klar, diesbezüglich hat der Regierungsrat recht: Eine Elternzeit funktioniert nur dann, wenn wir diese mit einer guten Kinderbetreuung kombinieren können.

Dieser Ansicht ist auch die Mitte-Fraktion. Das heisst aber nicht, dass meine Motion abgelehnt werden soll, sondern dass wir genau diese Diskussion führen müssen. Wie Sie merken, brenne ich für dieses Thema, und es beschäftigt mich. Ich danke deshalb für alle konstruktiven und kritischen Inputs, die ich erhalten habe. Ich danke auch für all die positiven Zuschriften aus der Wirtschaft. Die Motion setzt ein Zeichen für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie und dafür, dass sich alle grossen und kleinen Unternehmen daran beteiligen können. Wir haben heute schon einmal über Pioniergeist gesprochen. Der Kanton Luzern könnte ein wenig Pionierarbeit leisten und in dieser Sache vorangehen. Ich kämpfe für eine mehrheitsfähige Lösung und bitte Sie, der Erheblicherklärung meiner Motion zuzustimmen.

Urban Sager: Die SP hegt für das Thema Elternzeit grösste Sympathie. Wir setzen uns seit Jahren für eine längere Mutterschaftszeit und für eine Vaterschaftszeit ein, auch hier im Kanton Luzern, und selbstverständlich für eine zeitgemässe Elternzeit. Diese Motion weist aber leider grosse Mängel auf. Als erstes sind es die 20 Wochen, die im Vorstoss fixiert werden sollen. Das bedeutet schlussendlich vier Wochen mehr als im Moment. Das ist aber aus Sicht der SP-Fraktion kein wirklicher Fortschritt. Viele grosse Firmen bieten mittlerweile zweimal 16 Wochen an, Novartis gar zweimal 18 Wochen. Das sind zukunftssträchtige Lösungen. Sämtliche EU-Länder kennen eine grosszügige Elternzeit. Weshalb? Weil die Wirtschaft dies auch anerkennt. Es gibt mehrere Studien, beispielsweise des Wirtschaftsverbandes «Advance», der mehrere Studien zusammen mit der Universität St. Gallen erstellt hat. Diese Studien kommen alle zum gleichen Schluss: Wenn Eltern gute Rahmenbedingungen vorfinden, floriert die Wirtschaft. Diesbezüglich steht das Zitat im Vorstoss, dass die 38 Wochen klar zu teuer und wirtschaftlich kaum tragbar seien, etwas quer in der Landschaft. Nebst den ökonomischen gibt es aber auch eine ganze Reihe weiterer Argumente. Die Eidgenössische Kommission für Familienfragen (EKFF) nimmt sich dieser Thematik umfassend an und kommt ebenfalls zum Schluss, dass 38 Wochen angemessen sind. Diese Argumente werden im Vorstoss in keiner Weise erwähnt, sondern mit den Begriffen teuer und wirtschaftlich kaum tragbar weggewischt. Dies widerspricht unserer Sichtweise zur Thematik fundamental. Schlussendlich handelt es sich um eine koordinierte Aktion der Mitte Schweiz, wie einer Fussnote der Motion zu entnehmen ist. Wie von der Motionärin erwähnt, wurden bereits mehrere Standesinitiativen eingereicht. Diese Standesinitiativen sind jedoch viel besser formuliert, weil nicht einfach von fixen 20 Wochen die Rede ist, sondern von mindestens 20 Wochen. Gleichzeitig werden auch andere als nur ökonomische Argumente aufgenommen und damit das Feld geöffnet. Wir brauchen keine schlechtere Standesinitiative als jene, die wir bereits haben. Das Anliegen ist platziert, und national wird bereits darüber diskutiert. Die SP-Fraktion lehnt die Motion ab.

Barbara Irniger: In Schweden und Deutschland sind es 14 Monate, in Norwegen 11 Monate und in den OECD-Ländern liegt der Durchschnitt bei 54 Wochen Elternzeit. Die EKFF empfiehlt in ihrem Positionspapier eine Elternzeit von 38 Wochen. Die EKFF begründet ihre Angaben mit der besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie, einer gerechteren Aufteilung der Betreuungs- und Erwerbsarbeit und dem Entgegenwirken des Fachkräftemangels. Die aktuelle Situation in der Schweiz mit 16 Wochen, davon 14 Wochen für die Mutter und 2 Wochen für den Vater, ist deutlich weniger als die von der Fachkommission empfohlene Dauer, und ein deutlicher Unterschied zu den meisten anderen europäischen Ländern. Das Fazit der Grünen Fraktion lautet, dass es nun unbedingt vorwärtsgehen muss. Besonders wichtig ist uns dabei, dass die Differenz zwischen dem Mutterschafts- und dem Vaterschaftsurlaub reduziert wird. Für die Grüne Fraktion ist die gleiche Aufteilung der Elternzeit sehr wichtig. Der Einfluss der Startphase auf die spätere Arbeitsteilung ist sehr gross. Die in der Motion geforderten 20 Wochen sind in unseren

Augen deutlich zu wenig. Nun folgen mein Aber und der Unterschied zu meinem Vorredner: Im Moment scheint die Diskussion auf nationaler Ebene zu stagnieren, und in absehbarer Zukunft ist keine Lösung in Sicht. Gerade weil es auf nationaler Ebene nicht vorwärtsgeht, ist es wichtig, dass die Kantone Druck auf die nationale Politik ausüben. Das gilt auch für den Kanton Luzern. Die Elternzeit ist ein wichtiger Teil zu einer erfolgreichen Gleichstellungspolitik. Der Regierungsrat verweist in seiner Stellungnahme auf die Anstrengungen bei der familienergänzenden Kinderbetreuung. Natürlich ist diese ebenfalls sehr wichtig, aber für eine gute Familienpolitik sind beide vonnöten. Die Grüne Fraktion ist der Meinung, dass alles unterstützenswert ist, was den festgefahrenen Status quo in Bewegung bringt. Daher stimmen wir der Erheblicherklärung zu.

Ronny Beck: Die Motion fordert die Einführung einer nationalen Elternzeit von 20 Wochen, die flexibel zwischen den Eltern aufgeteilt werden kann. Diese Forderung steht im Kontext bereits bestehender und geplanter Massnahmen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie zur Förderung der Gleichstellung und beruflichen Integration. Der Kanton Luzern hat bereits einen Mutterschaftsurlaub von 14 Wochen und einen Vaterschaftsurlaub von 2 Wochen eingeführt. Auf Bundesebene laufen ebenfalls Bemühungen zur Weiterentwicklung der familienergänzenden Kinderbetreuung. Der Kanton Luzern hat in seinem Legislaturprogramm 2023–2027 die Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf als Ziel definiert und plant die Einführung eines kantonalen Kinderbetreuungsgesetzes, um die Betreuungsqualität zu gewährleisten und den Standort Luzern zu stärken. Die Einführung einer nationalen Elternzeit von 20 Wochen verursacht erhebliche zusätzliche Kosten, deren Finanzierung unklar ist, und würde insbesondere die kleinen und mittleren Unternehmungen stark belasten. Verstehen Sie mich nicht falsch: Die FDP ist für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, das ist ihr sehr wichtig. Sie setzt sich dafür ein, dass Verbesserungen vorangetrieben werden. Wir sehen die Forderung der Motion angesichts bereits bestehender und geplanter Massnahmen sowie der damit verbundenen Kosten und unklaren Erfolgsaussichten aber nicht als zielführend. Wir sind der Meinung, dass statt einer neuen nationalen Elternzeit die bestehenden Initiativen und Massnahmen zur Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf weiterentwickelt und gestärkt werden sollen. Aus den genannten Gründen lehnt die FDP-Fraktion die Motion grossmehrheitlich ab.

Franziska Rölli: Die Motion verlangt, dass der Regierungsrat beim Bund eine Standesinitiative einreicht, welche eine Elternzeit von 20 Wochen fordert. Ich bin ehrlich, die GLP-Fraktion hätte sich natürlich eine paritätische Elternzeit von je 14 Wochen gewünscht, wie von Kathrin Bertschy in Bundebern gefordert. Nur, wenn beide Elternteile gleichviele Wochen Elternzeit beziehen können, ist man als Mutter in einer anderen Verhandlungsposition als heute, wo nicht vorgesehen ist, dass Väter auf dem Arbeitsmarkt ausfallen. Solange die Säuglingsbetreuung vom Bund an die Mütter delegiert wird, sind diese klar benachteiligt, sie bleiben in Kaderpositionen untervertreten, und das trotz Topausbildung. Sie sind auf dem Arbeitsmarkt schlicht der grössere Risikofaktor als Väter. Die Hälfte der OECD-Staaten hat dies verstanden und eine Elternzeit von mindestens 43 Wochen eingeführt. Diverse entsprechende Vorstösse hier im Rat und auch auf nationaler Ebene haben keine Mehrheiten gefunden, das höchste der Gefühle im Kanton Luzern war die Erhöhung des Vaterschaftsurlaubs auf 2 Wochen. Das müssen wir akzeptieren, und aus diesem Grund haben wir nun eine Motion auf dem Tisch, welche einen guten Kompromiss darstellt. Die Forderung nach einer Elternzeit von 20 Wochen, Teile davon frei verteilbar, gehen in die richtige Richtung und sind eine klare Verbesserung gegenüber dem Status quo. Aus diesen genannten Gründen unterstützt die GLP-Fraktion die Erheblicherklärung der Motion.

Monika Schnydrig: Beim von Karin Stadelmann genannte Beispiel eines Unternehmens, das nach staatlichen Massnahmen ruft, kommen mir viele Unternehmen in den Sinn, die genau das Gegenteil wünschen. Seit 1998 wurden im Bundesparlament über 30 Vorstösse zu diesem Thema eingereicht. Sagenhafte 28 davon wurden abgelehnt. Die einen nennen das Durchhaltevermögen, die anderen Zwängerei. Heute wurden bereits viele Argumente genannt. Zurzeit laufen auf Bundesebene Anstrengungen zur Weiterentwicklung der familienergänzenden Kinderbetreuung. So hat beispielsweise eine Ständeratskommission ein alternatives Konzept zur Überführung der Anstossfinanzierung in eine zeitgemässe Lösung in die Vernehmlassung geschickt. Unserem Rat wird in den kommenden Monaten der Entwurf eines kantonalen Kinderbetreuungsgesetzes unterbreitet. Ebenso setzt der Rat mit dem Planungsbericht zur Förderung der Gleichstellung aller Geschlechter und Lebensformen diverse Massnahmen um. Über dieses Thema wird schweizerisch wohlbedacht diskutiert, und wir sind wohlbedacht unterwegs. Die SVP-Fraktion setzt weiterhin auf diesen erfolgreichen Weg und lehnt die Motion ab.

Sarah Arnold: Ich spreche in meinem eigenen Namen. Ich möchte weniger über die Vereinbarkeit sprechen, sondern über die Rolle der Frau in der schweizerischen Gesellschaft. Mit dem Mutter- und Vaterschaftsurlaub werden bereits zwei verschiedene Rollen vorgegeben. Eine liberale Gesellschaft sollte sich eher um eine Elternzeit bemühen als um eine Vater- oder Mutterzeit. Ich finde zudem, dass man die jeweilige Dauer selbst aufteilen können sollte. Ich möchte auch nicht auf das Maximum hinaus. Ich persönlich hätte mich nach sechs Monaten gelangweilt. Mir ist es aber wichtig, ein Zeichen zu setzen. Als Kanton können wir uns um die Vereinbarkeit von Beruf und Familie bemühen. Das tun wir mit dem Kita-Gesetz. Aber wir sollten auf nationaler Ebene eine gesetzliche Grundlage für die Elternzeit verlangen und diese beiden Systeme zusammenführen. Aktuell ist die Frage auf nationaler Ebene blockiert, da 28 entsprechende Vorstösse abgelehnt wurden. Zwei weitere Standesinitiativen zu diesem Thema sind hängig. Ich finde, dass wir den Druck hoch halten sollten. Deshalb stimme ich der Erheblicherklärung der Motion zu, auch wenn ich mit einzelnen Details nicht einverstanden bin.

Luca Boog: Als jüngstes Mitglied des Rates darf ich wohl ohne schlechtes Gewissen sagen, dass ich die Welt hier in diesem Rat ab und zu nicht ganz verstehe. Das ist jetzt wieder der Fall, gerade, wenn ich Urban Sager zuhöre. Die SP lehnt eine KMU-verträgliche Elternzeit ab, weil sie ihr zu wenig weit geht, und zitiert dabei vermögende Grosskonzerne.

Roland Küng: In Bezug auf die KMU-Verträglichkeit bin ich anderer Meinung. Unser Rat hat monatelang debattiert und viel Geld ausgegeben, um dem Fachkräftemangel zu begegnen. Jetzt bewegen wir uns wieder in eine komplett andere Richtung. Wie sollen wir das entsprechende Personal finden, wenn die Angestellten infolge Mutterschafts- und Vaterschaftsurlaub noch länger fehlen? Für mich kommt das im Moment überhaupt nicht infrage.

Marcel Budmiger: Zum Votum von Luca Boog: Scheinbar will er uns einfach falsch verstehen. Mit eurer Steuerstrategie lockt ihr im Kanton Luzern internationale Grosskonzerne wie Novartis an, die sich eine eigene Kita und eine Elternzeit leisten können. Das ist aber genau das, was sich die wenigsten Luzerner KMU leisten können. Mit einer nationalen oder kantonalen Regelung könnten die KMU mit den grossen internationalen Firmen gleichziehen und dem OECD-Standard entsprechen. Was wir hier haben, entspricht aber nicht dem OECD-Standard, und die KMU sind benachteiligt. Deshalb kämpfen wir seit Jahren für eine Lösung. Zudem wurden bereits fortschrittlichere Standesinitiativen von der Mitte Schweiz oder dem Kanton Wallis eingereicht und stehen zur Debatte. Weshalb sollten wir eine restriktivere Standesinitiative einreichen? So kommt es zu einer Eventualabstimmung, und

allenfalls setzt sich die tiefere Variante durch, weil sich die Parteien, die grundsätzlich dagegen sind, für die Luzerner Variante entscheiden. Das wollen wir verhindern. Wir unterstützen die bereits eingereichten Standesinitiativen. Mit der vorliegenden Motion wird versucht, einen Kompromiss einzugehen, aber ohne mit uns das Gespräch zu suchen. Bei nationalen Themen müssen auch auf nationaler Ebene Kompromisse geschlossen werden und nicht hier im Rat. Vor allem sollten es keine faulen Kompromisse sein.

Karin Andrea Stadelmann: Die Diskussion fand schon bei der Einreichung statt. Es ist auch keine Schlechterstellung, sondern das, was die Kantone Wallis und Zürich ebenfalls fordern. Die Frage der KMU war ein grosser Diskussionspunkt. Wenn wir eine Lösung wollen, die für die KMU, aber auch für die mittelständischen und die grossen Betriebe infrage kommt, wären die 20 Wochen eine Möglichkeit. Dazu muss aber der Bund die Rahmenbedingungen schaffen.

Urban Sager: Die Standesinitiative des Kantons Wallis finden Sie auf der Webseite des Bundesparlaments. Ihr Text lautet: «Die Elternzeit beträgt insgesamt mindestens 20 Wochen.» oder «Der fixe Anteil des Vaters soll mindestens 20 Prozent betragen.» Solche modernen Elemente fehlen in der vorliegenden Motion. Mit der Erheblicherklärung der Motion überweisen wir also eine schlechtere Variante als die bereits bestehenden und verwässern das Thema. Bitte lehnen Sie die Motion ab.

Für den Regierungsrat spricht Gesundheits- und Sozialdirektorin Michaela Tschuor.

Michaela Tschuor: Auch der Regierungsrat setzt sich sehr dafür ein, dass die Vereinbarkeit von Beruf und Familie verbessert wird. Auch der Regierungsrat ist daran interessiert und teilt die Haltung, dass die Erwerbsquote der Frauen erhöht werden muss. Die Gleichstellung aller Geschlechter und Lebensform steht auch für die Regierung an vorderster Stelle ganz allgemein und speziell im Arbeitsmarkt. Es geht vor allem darum, den Fachkräftemangel zu bekämpfen. Dennoch beantragt die Regierung die Motion abzulehnen, die einen Systemwechsel verlangt. Weshalb? Nicht weil wir der Überzeugung sind, dass es die Vereinbarkeit nicht braucht, sondern weil wir der Meinung sind, dass die Kantonsinitiative der falsche Weg ist. Im Bundesparlament wurden bereits 30 Vorstösse eingereicht, wovon gerade einmal zwei eine Mehrheit fanden. Zurzeit findet ein breit angelegter Diskurs statt. Wenn man die Diskussion in Bundesbern verfolgt, beispielsweise über die Sparpakete, die der Bund gerade schnürt, glauben wir, dass es im Moment nicht zielführend ist, eine Kantonsinitiative einzureichen. Wahrscheinlich würde sie keinen Anklang finden. Es stimmt, dass es bereits einen Vaterschaftsurlaub gibt. Laut einigen Statistiken machen 70 Prozent der Väter davon Gebrauch. Andere Statistiken sprechen von anderen Zahlen. Fakt ist, dass das Rollenverständnis leider immer noch so ist, dass die Mehrheit der Frauen und Mütter zugunsten der Kinderbetreuung darauf verzichten, wieder erwerbstätig zu werden. Die Regierung ist daher überzeugt, dass es im Rollenverständnis von Bottom-up einen Wechsel braucht, eine Stärkung des Systems, damit der jetzige Vaterschaftsurlaub überhaupt ausreichend in Anspruch genommen wird. Aus diesen Gründen beantragen wir die Ablehnung der Motion.

Der Rat lehnt die Motion mit 71 zu 29 Stimmen ab.